Stand: 15.12.2025 13:03:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11038

"Glyphosat - Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11038 vom 19.04.2016
2. Beschluss des Plenums 17/11142 vom 20.04.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 20.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 19.04.2016 **Drucksache** 17/**11038**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Glyphosat – Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

– sich auf Bundesebene (Bundesministerien für Landwirtschaft und Ernährung sowie für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) verstärkt dafür einzusetzen, dass Deutschland bei der Abstimmung zu einer weiteren Zulassung der Chemikalie Glyphosat deutlich Position bezieht, sich nicht enthält, sondern gegen eine Verlängerung der Zulassung stimmt;
– sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass es über den 30. Juni 2016 hinaus keine weiteren sechsmonatigen Fristverlängerungen für den Einsatz von Glyphosat gibt, bis nicht einwandfrei nachgewiesen ist, dass Glyphosat nicht schädlich ist;
– sich auf allen Ebenen, sowohl beim Bund als auch bei der EU dafür einzusetzen, dass der Termin für eine Abstimmung über eine erneute Zulassung für die Chemikalie Glyphosat erst dann festgesetzt wird, wenn die von den antragstellenden Firmen vorgelegten Daten vollständig sind und geprüft und bewertet wurden.

Begründung:

Im Sinne des Vorsorgeprinzips muss die Bundesregierung ihre Verantwortung gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Anwenderinnen und Anwendern wahrnehmen. Auch die EU-Pestizid-Verordnung erlaubt es der EU-Kommission ausdrücklich, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um die öffentliche Gesundheit auf hohem Niveau zu schützen, und zwar „in bestimmten Fällen, in denen nach einer Auswertung der verfügbaren Informationen die Möglichkeit gesundheitsschädlicher Auswirkungen festgestellt wird, wissenschaftlich aber noch Unsicherheit besteht“ (Artikel 7 Abs. 1 der Verordnung 178/2002, auf den im Artikel 13 Abs. 2 der Verordnung 1107/2009 verwiesen wird).

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.04.2016 **Drucksache** 17/**11142**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**11038**

Glyphosat – Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Rosi Steinberger
Abg. Harry Scheuenstuhl
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Florian von Brunn
Abg. Nikolaus Kraus
Abg. Gisela Sengl
Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Glyphosat - Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit
(Drs. 17/11038)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Dr. Linus Förster u. a. und Fraktion (SPD)
Ängste der Verbraucherinnen und Verbraucher ernst nehmen - keine voreilige Wiederzulassung von Glyphosat! (Drs. 17/11077)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als erster Rednerin Frau Kollegin Steinberger – sie steht schon bereit – das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon wieder Glyphosat!

(Heiterkeit der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) – Harry Scheuenstuhl (SPD): Ja! – Josef Zellmeier (CSU): Woche für Woche!)

Ich kann mir vorstellen, dass Ihnen von der CSU das Thema etwas unangenehm ist; schließlich haben Sie eindeutig die Mehrheit der Menschen in Bayern gegen sich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Offensichtlich haben Sie die Zeichen der Zeit aber noch immer nicht erkannt. Nun steht die Entscheidung kurz bevor; Mitte Mai werden sich die zuständigen Minister treffen und über die weitere Zulassung von Glyphosat entscheiden.

Letzte Woche hat sich schon das Europaparlament mit der Thematik beschäftigt. Leider wurde der Antrag auf ein Verbot von Glyphosat abgelehnt. Trotzdem hat das Europaparlament ein, wenn auch moderates, Zeichen gesetzt; es hat der Neuzulassung

von Glyphosat keinen Freibrief erteilt. Für den Einsatz von Glyphosat soll es deutliche Beschränkungen geben, zum Beispiel was die Abgabe an Private angeht, die wir ebenfalls ablehnen. Außerdem soll es kein Glyphosat auf öffentlichen Flächen geben. Auch das ist eine unserer Forderungen. Es soll auch keine Anwendung von Glyphosat mehr vor der Ernte, also keine sogenannte Sikkation, geben. Kurz und gut: Diese Einschränkungen gehen durchaus in die richtige Richtung. Uns reicht das aber noch nicht.

Wenn ich höre, dass Monsanto Unterlagen zurückhält und Abgeordnete diese nur in Leseräumen lesen dürfen – und das nicht einmal bei allen Unterlagen –, dann muss ich mich schon fragen, ob wir uns das alles bieten lassen sollen. Wir sind dazu jedenfalls nicht bereit. Müssen wir uns im Vorgriff auf TTIP das alles schon gefallen lassen? – Das kann es doch wohl nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben uns in der Vergangenheit fast nur mit den Auswirkungen dieses Pflanzengiftes auf den Menschen beschäftigt, was sehr wichtig ist. Das ist aber nur ein Teilaspekt. Es schaut nämlich auch schlimm bei den Auswirkungen auf die Umwelt und die Biodiversität aus. In 60 % der Oberflächengewässer schwimmt Glyphosat – übrigens neben vielen anderen Giften. Das Umweltbundesamt warnt eindeutig vor den Folgen für die Artenvielfalt. Auch die Auswirkungen auf das Leben im Boden sind dramatisch. Das kann man doch nicht wegdiskutieren. Natürlich möchte der Bauernverband Glyphosat weiter einsetzen; angeblich braucht die Landwirtschaft das Mittel sogar. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir unsere Lebensmittel aber nur noch mithilfe eines Totalherbizids erzeugen können, dann läuft doch grundsätzlich etwas falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inzwischen ist Glyphosat das meistverkaufte Herbizid in Deutschland. Auf 40 % der Ackerflächen wird es mittlerweile eingesetzt. Damit ist doch eines klar: Die Industrialisierung der Landwirtschaft schreitet weiter voran, und das Schmiermittel heißt Glypho-

sat. Diese Landwirtschaft kann man aber langsam nicht mehr bäuerlich nennen, die uns doch allen so sehr am Herzen liegt. Oder habe ich die CSU da falsch verstanden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier geht es nicht nur um Glyphosat, hier geht es um die grundsätzliche Ausrichtung unserer Landwirtschaft. Wir GRÜNE erwarten von Ihnen heute ein deutliches Signal. Stellen Sie sich wie schon letzte Woche gegen die eigene Ministerin, stellen Sie sich gegen die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung – wenn das Ihr Wille ist, dann lehnen Sie unseren Antrag ab! Alle anderen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung für die SPD-Fraktion: Herr Kollege Scheuenstuhl. – Bitte schön, Herr Kollege.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Glyphosat ist ein Verkaufsschlager. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum so darum gekämpft wird. Weltweit werden pro Jahr rund 700.000 Tonnen eingesetzt, 6.000 Tonnen davon in Deutschland. Das haben wir zwar letzte Woche schon gehört; ich glaube aber, man muss diese Zahl immer wieder in Erinnerung rufen.

Der Wirkstoff ist rund um den Globus das am meisten eingesetzte nicht selektive, systemische Breitbandherbizid. Es steht allerdings seit geraumer Zeit in Verdacht, krebserregend zu sein. Bis jetzt zeichnet sich kein Ende des Expertenstreits rund um die Neubewertung des Wirkstoffs ab.

Wie erkennt man nun, ob eine Fläche mit Glyphosat behandelt worden ist? – Ich war in Südtirol und bin dort in den Obstgärten spazieren gegangen. Man konnte eine gelbe Spur sehen, und zwar immer von Baum zu Baum. Wenn man bei uns übers Land fährt – ich komme vom Land –, durch den Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim, den Landkreis Fürth, den Landkreis Ansbach, dann sieht man gelbe Flächen. Das ist kein Raps. Raps hat eine hellgelbe Farbe. Glyphosat hat eine orange Farbe.

Jeder, der an einem solchen Feld vorbeifährt, sollte sich das einmal anschauen. Bitte aber nicht anfassen! Man wird davon nicht gleich tot umfallen; es ist aber schon interessant, mit eigenen Augen zu sehen, welche Wirkung Glyphosat hat: Es zerstört sämtliches pflanzliches Leben.

Im Juni dieses Jahres läuft die Zulassung für Glyphosat aus. Deshalb hat sich das EU-Parlament mit dem Thema befasst. Die EU-Parlamentarier haben sich in einer Resolution für eine zeitlich begrenzte Neuzulassung des Wirkstoffs unter strengen Auflagen, wie die Kollegin bereits erwähnt hat, ausgesprochen. In diesem Papier werden auch ein Anwendungsverbot für den Privatbereich sowie ein Einsatzstopp in öffentlichen Grünanlagen, auf Spielplätzen sowieso, gefordert. Die SPD-Landtagsfraktion hat das auch schon öfter gefordert. Die kritischen Stimmen aus der Bevölkerung, das ständige Nachhaken und Präsenthalten des Themas durch die Presse und unser Einsatz im Parlament haben letztendlich dafür gesorgt, dass diese Angelegenheit nicht still und heimlich am Verhandlungstisch durchgewinkt wird. Das darf ruhig als großer Erfolg der Öffentlichkeit gesehen und auch so verstanden werden.

Wir sprechen uns grundsätzlich gegen die in der konventionellen Landwirtschaft gängige Praxis der Sikkation, also der beschleunigten Abreifung von Kulturpflanzen mithilfe glyphosathaltiger Produkte, aus. Dies wurde im EU-Parlament berücksichtigt.

Niemand braucht sich darüber zu wundern, dass sich Spuren des Wirkstoffs Glyphosat vielleicht in unseren Morgenbrötchen nachweisen lassen, wenn die Landwirtschaft aus Gründen der Arbeitserleichterung die zusätzliche Ausbringung solcher Mittel in die Umwelt unterstützt. Der Preisdruck ist so hoch, dass unsere Landwirte alle Möglichkeiten ausnutzen müssen, um wirtschaftlich zu arbeiten.

Man muss an dieser Stelle vielleicht noch erwähnen, dass das EU-Parlament nur mitberaten hat. Es ist also kein Beschluss der Kommission. Ich nehme an, dass die GRÜNEN deswegen ihren Dringlichkeitsantrag heute eingebracht haben.

Wir stellen uns in unserem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, deutlich gegen eine Zustimmung zur Wiederzulassung des Wirkstoffs Glyphosat auf EU-Ebene, bis die Frage abschließend geklärt ist, wieso es zu solch unterschiedlichen Einschätzungen der beteiligten Forschungsinstitute gekommen ist. Wieso stuft die Internationale Agentur für Krebsforschung der WHO, also der Weltgesundheitsorganisation, Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend" beim Menschen ein? Wieso relativiert das Bundesinstitut für Risikobewertung, zuständig für die gesundheitliche Risikobewertung – BfR –, die Einstufung seitens der WHO und stuft das Pflanzenschutzmittel als "nicht krebserregend" beim Menschen ein? – Hier stellt sich immer wieder die systematische Frage: Wann ist etwas giftig, wann ist etwas krebserregend oder erbgutverändernd?

Muss wirklich immer der Grundstoff bewertet werden, so wie das vom BfR gemacht wird? Kann es nicht auch einmal die Kombination, das Verkaufsprodukt sein? Das macht doch eigentlich den Menschen Angst. Wir wissen dann nicht mehr, was wir da als Antwort geben sollen. Ich kann doch nicht sagen: Der Einzelstoff macht dir nichts, aber vielleicht ist die Kombination gefährlich. Was ist, wenn es den Bauern erwischt, der die Mittel einsetzt? – Ich kann doch nicht sagen: Du kannst dann vielleicht Krebs bekommen, es tut mir aber leid, nach unseren Kriterien gilt das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Man muss darüber nachdenken, ob man das, der Systematik folgend, auch weiterhin so tun kann. Natürlich ist es äußerst problematisch, wenn verschiedene Stoffe gemischt werden. Das Ergebnis kann ein Hygieneprodukt sein, vielleicht auch ein Deodorant. Der Einzelstoff ist möglicherweise nicht krebserregend, aber was macht die Kombination? – Diese Frage lässt sich beim Glyphosat vielleicht auch mithilfe weiterer Studien beantworten, die für den Mai 2016 beziehungsweise für das Jahr 2017 angekündigt sind. Außerdem muss rechtlich unbedingt sichergestellt werden, dass das Totalverbot jederzeit ausgesprochen werden kann, sollte sich der Verdacht der Krebsauslösung abschließend bestätigen. Wenn diese Möglichkeit nicht besteht, dann muss

man grundsätzlich dagegen sein. Nach neuen Erkenntnissen muss jederzeit eingegriffen werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wie nun ebenfalls bekannt wurde, sind beim Zulassungsverfahren auch Studien berücksichtigt worden, die von den Herstellern erstellt worden sind. Wir fordern, dass diese Studien der Glyphosate Task Force, eines Zusammenschlusses aller Glyphosatproduzenten mit dem Ziel einer EU-weiten Wiederzulassung, umgehend veröffentlicht und bewertet werden, um eine wissenschaftliche fundierte Entscheidung für oder gegen eine Wiederzulassung zu ermöglichen. Wenn Betriebsgeheimnisse dagegenstehen sollten, dann müssen die Regierungen Möglichkeiten finden, dass die Sicherheit der Menschen oben ansteht und nicht hintansteht. Es darf nicht sein, dass das Betriebsgeheimnis anstatt der Menschen vorn steht. Die Menschen stehen vorne, nicht die Ergebnisse einer Firma. Sofern eine Offenlegung der Daten und der Studien nicht möglich ist, sind wir gegen eine Zulassung des Wirkstoffs Glyphosat. Das wäre nämlich ein Schlag ins Gesicht der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir wollen auch nicht, dass sich die Hersteller aus dem Staub machen. Es kann nicht sein, dass eine europäische Behörde oder ein Institut hier etwas untersuchen muss und die Hersteller dann sagen: Tut uns leid, ihr habt uns eine Erlaubnis erteilt, uns reichts, für alles andere seid ihr zuständig. – So darf das nicht sein. Der Hersteller muss bis zum Ende Verantwortung für sein Produkt übernehmen. Nur so kann es in unserem Land zu einem vorsorgenden Verbraucherschutz kommen. Herr Kollege von Brunn weiß das auch von vielen anderen Dingen. Darauf bestehen wir!

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung wird von uns auch aufgefordert, im Rahmen eines Pestizid-Minimierungskonzeptes eine umfangreiche Informationskampagne zur glyphosatfreien Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Bayern zu starten und bereits bestehende Regelungen auf dieses Ziel hin kritisch zu überprüfen. Es darf nicht sein, dass

ganze Flächen hektarweise niedergemacht werden, damit im Rausche einer anderen Strategie Tatsachen geschaffen werden. Wenn man meint, so kommt man weiter, dann halte ich entgegen: Das ist nicht zielführend!

Ich möchte auch daran erinnern, wie stark der Verbrauch zugenommen hat. In den Neunzigerjahren wurden 1.000 Tonnen Glyphosat pro Jahr verbraucht, jetzt sind es 6.000 Tonnen pro Jahr. Es muss nicht sein, dass man jede Ecke totspritzt, nur weil dort ein bisschen Löwenzahn herausschaut. Das muss nicht sein. Ich glaube, mit diesen Regelungen können wir leben: Der Privatmann und die Kommunen müssen auf dieses Mittel verzichten und andere Methoden suchen. Das Julius-Kühn-Institut, eine Bundesforschungsanstalt für Kulturpflanzen, hat eine Studie herausgegeben, die abschätzen möchte, wie sich das Verbot von Glyphosat auswirken würde. Das Ergebnis ist: Man könnte schon jetzt bei einfacher mechanischer Bodenbearbeitung auf den Einsatz verzichten. Das muss doch die Botschaft sein: Glyphosat ist für unsere Landwirtschaft nicht notwendig. Es hat auch vor Glyphosat eine erfolgreiche Landwirtschaft in Bayern gegeben. Ich glaube, da sollten wir wieder hin.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich noch sagen: Beim Antrag der GRÜNEN werden wir uns enthalten. Wir sehen den Antrag als richtiges Signal, um klarzumachen, dass wir damit nicht einverstanden sind. Ich glaube, wir sollten hier gemeinsam Druck auf alle Entscheidungsträger ausüben. Deshalb bitte ich auch um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Ich darf bekannt geben, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich darf nun in der Reihe der Wortmeldungen fortfahren. Für die CSU-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Schorer-Dremel. Bitte schön, Frau Kollegin.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr verehrte Damen und Herren! Es ist fast ein bisschen so wie in dem Film "Und täglich grüßt das Murmeltier". Wir sollten hier doch ein bisschen mehr zu sachlichen Argumenten zurückkommen, anstatt blinde Panikmache zu betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN fordern erneut eine klare Position und den Schutz der öffentlichen Gesundheit. Im Laufe meiner Rede werden Sie merken, dass beides durchaus schon vorhanden ist. Ich wiederhole am Anfang meiner Rede auch, was wir schon im Ausschuss und auch in der Sitzung am Dienstag in der letzten Woche festgestellt haben. Es gibt den allgemeinen Konsens, dass glyphosathaltige Mittel im privaten und im kommunalen Bereich nicht sinnvoll einzusetzen sind. Das haben wir rauf und runter dekliniert, deshalb muss ich mich hier nicht wiederholen. Das belegen die Protokolle des Ausschusses.

(Florian von Brunn (SPD): Warum da, und da nicht? – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja genau, warum da und hier nicht?)

Ich darf auch noch einmal daran erinnern, dass in der 11. Verbraucherschutzministerkonferenz – die war im Mai letzten Jahres – alle Bundesumweltminister dazu aufgefordert haben, die Abgabe von Glyphosat und die Anwendung durch Privatpersonen zu verbieten und Glyphosat für bestimmte, verbrauchernahe Anwendungen, insbesondere für Freiflächen, die nicht land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, zu verbieten beziehungsweise zeitnah ein Verbot für den Stoff auszusprechen. Auch im Ausschuss wurde immer von allen Fraktionen die Position vertreten, dass die Staatsregierung gemäß dem CSU-Antrag berichtet, was nun tatsächlich auf EU-Ebene passiert ist. Anschließend sollen dann vernünftige, verlässliche Maßnahmen ergriffen werden. Das sehen wir als sinnvolles und verantwortungsvolles Vorgehen an. Das gilt – noch dazu weiß keiner, wie es am 18. und 19. Mai ausgehen wird.

Nun aber konkret zu einigen Punkten der Dringlichkeitsanträge. Im Antrag der GRÜNEN wird gefordert, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass Deutschland bei der Abstimmung zu einer weiteren Zulassung der Chemikalie Glyphosat deutliche Position bezieht, sich nicht enthält, sondern gegen eine Verlängerung der Zulassung stimmt. – Fakt ist jedoch, dass die Entscheidung für die Zulassung des Wirkstoffes Glyphosat im zuständigen Gremium bereits gefallen ist, und das ist der Bundestag. Dort wurde am 25. Februar 2016 mit 446 von 630 Stimmen für eine Zulassung gestimmt. Soweit ich in Politik informiert bin, ist der Bundestag noch immer der Souverän.

(Florian von Brunn (SPD): Nein, das Volk!)

Es gibt nicht irgendeinen Minister, der dann dagegen entscheiden kann. Ich frage mich, wie die Opposition reden würde, wenn wir eine Entscheidung im Bayerischen Landtag träfen und der Minister dann anders agieren würde.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist gefährliches Eis! Das ist ganz dünnes Eis! – Unruhe bei der SPD)

Wie kam es denn zu dieser Entscheidung? – Deutschland ist Berichterstatter für die Wiederzulassung. Man hat deshalb dem BfR den Auftrag erteilt, eine Stellungnahme zu erarbeiten. Das Bundesinstitut für Risikobewertung hat aber nicht nur die Monsanto-Studien genommen, wie immer wieder unterstellt wird, sondern es wurden deutlich über 1.200 Studien ausgewertet. Das Institut kam dann zu der Erkenntnis, dass bei sachgemäßer Anwendung keine Gefahr ausgeht. Ich darf noch einmal daran erinnern: Das BfR wurde von der grünen Landwirtschaftsministerin Renate Künast eingesetzt, und nicht von jemand anderem. Es ist eine unabhängige Behörde.

(Florian von Brunn (SPD): Die dem Bundeslandwirtschaftsminister untersteht!)

Ich glaube, wir können uns bei unseren unabhängigen Behörden darauf verlassen, dass sie anständig agieren. Die Zulässigkeit von Studien der Antragsteller ist außerdem abhängig von der Einhaltung strenger Standards, den OECD-Richtlinien und der

guten Laborpraxis. Das heißt, nicht jede Studie, die sich Studie nennt, wird tatsächlich herangezogen.

Herr Scheuenstuhl, die Glyphosat Task Force, die Sie angesprochen haben, hat bereits zugesagt, alle Ergebnisse zugänglich zu machen, nur nicht die privaten Studien. Das ist ganz klar. Da entscheidet der Auftraggeber. Wir haben mittlerweile – das können Sie gerne nachschauen – Zugang zu diesen Studien. Die Schlussfolgerungen hat nicht nur das BfR, das Bundesinstitut für Risikobewertung, getroffen, sondern auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA. Damit haben Fachleute aller 28 Mitgliedstaaten ihre Einschätzung abgegeben, also ein ziemlich breites Spektrum. Ich denke, dass wir hier nicht jedes Mal die Glaubwürdigkeit der Fachstellen in Frage stellen sollten, zumal die SPD auf Bundesebene eine ganz andere Haltung einnimmt,

(Florian von Brunn (SPD): Eine andere als Sie auf jeden Fall!)

als Sie sie heute hier vertreten haben.

Jetzt kommen wir zurück zu Bayern. Bayern legt großen Wert auf die Gesundheit der Bevölkerung. Das wird unter anderem durch eine Vielfalt von Untersuchungen auch in Zusammenarbeit mit dem BfR deutlich, zum Beispiel zu Glyphosatrückständen in der Muttermilch, im Grundwasser und in Oberflächengewässern. Ganz besonders aber wird das dadurch deutlich, dass das LGL, das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, in den letzten Jahren immer wieder intensiv Gemüse, Hülsenfrüchte und Getreideproben untersucht hat. Das Gleiche gilt für Kinder- und Säuglingsnahrung. Dabei wurde überhaupt nichts gefunden. In den über 418 Proben ergaben sich Rückstände in weniger als 2 % der Proben. Dabei liegen die Gehalte weit unter dem zulässigen Rückstandshöchstgehalt. Die auch von mir beauftragte Untersuchung zu Damenhygieneprodukten wird demnächst vorgestellt. Da werden Sie sicherlich erstaunt sein.

Ich meine deshalb, dass sich unsere Ministerin Scharf vehement auf allen Ebenen eingesetzt hat und, ich behaupte, auch maßgeblich daran beteiligt war, dass mehr auf die

Biodiversität geachtet wird, dass nur ein sachgemäßer Einsatz erlaubt wird und die Sikkation zur Ernteerleichterung verboten wird. Die Ministerin hat gemeinsam mit den anderen Umweltministern auf die EU eingewirkt, eine Neuzulassung von Glyphosat, sofern sie überhaupt erfolgen sollte, nur für sieben anstatt für fünfzehn Jahre zu ermöglichen. Sie hat dabei eine unabhängige Überprüfung und die Offenlegung aller wissenschaftlichen Studien und Ergebnisse, die die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, die EFSA, für ihre Bewertung herangezogen hat, gefordert. Für mich ist ein ganz entscheidender Faktor, dass die gefallene Entscheidung bei Vorlage neuer Erkenntnisse revidiert werden kann. Hier findet sehr wohl verantwortungsvoller Verbraucherschutz auf der Basis von Fakten statt, nicht auf der Basis von Panikmache und abstrusen Behauptungen.

(Florian von Brunn (SPD): Auf der Basis von Interessen! – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Panikmache ist keine sachliche Auseinandersetzung. Ich behaupte, dass wir uns auch im Bereich der Landwirtschaft sehr intensiv mit dem Pflanzenschutzmittel beschäftigen. Es ist ein festes Thema in der Ausbildung, der Fortbildung, aber auch im Sachkundenachweis. Ich meine – da kann ich für meine Landwirte sprechen –, dass damit in Bayern verantwortungsbewusst umgegangen wird.

(Beifall bei der CSU)

Fazit: Zu dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ist zu sagen, dass der Minister das Votum des Bundestages umsetzen muss und die Ministerin und der Minister sich auf allen Ebenen eingesetzt haben, einen verantwortungsvollen Umgang mit Glyphosat zu erreichen. Wir werden, wie im Antrag der CSU, dem alle Fraktionen zugestimmt haben, gefordert, – ich wiederhole – nach der Entscheidung des EU-Parlaments oder der EU-Kommission, je nachdem, wer das letzte Wort hat, dem Landtag einen verantwortungsvollen und sachlich richtigen Vorschlag unterbreiten. Daher lehnen wir zum heutigen Zeitpunkt die Anträge der GRÜNEN und der SPD ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Ich habe jetzt zwei Zwischenbemerkungen, zunächst Frau Kollegin Steinberger, bitte. – Sie haben das Mikrofon.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Schorer-Dremel, ich habe eine erste Frage. Sie sagen, wir warten ab, bis ein Bericht der letztendlichen Instanz da ist. Das ist wohl die EU-Kommission oder möglicherweise der Europäische Rat. Dann gibt es einen Bericht an den Bayerischen Landtag. Entschuldigung, was soll es denn noch für einen Sinn machen, dass wir uns hier eventuell ein Bild machen und unsere Schlüsse ziehen, wenn die Genehmigung für Glyphosat letztendlich verlängert ist? – Dann macht es keinen Sinn mehr, uns nochmal mit diesem Thema zu beschäftigen, weil es dann durch ist. Wir müssen uns vorher damit beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Punkt zwei. Sie haben die Entscheidung im Europaparlament angesprochen, wo es um Verbesserungen wie Einschränkungen der Genehmigung usw. gegangen ist. Das hat mitnichten mit unserer Umweltministerin zu tun, die das vielleicht auch möchte, sondern das waren Anträge aus dem Europaparlament, zum Beispiel aus der Fraktion der GRÜNEN. Das kann man nicht der bayerischen Umweltministerin zugutehalten. Das war eine Entscheidung, die im Parlament getroffen worden ist.

Drittens. Sie sagen, alles sei transparent und die ganzen Untersuchungsergebnisse würden veröffentlicht. Was sagen Sie dazu, dass die Glyphosate Task Force einen Leseraum einrichten möchte, damit Abgeordnete dort diese Untersuchungsergebnisse nachlesen können. Ist das tatsächlich Transparenz, wie Sie sie sich vorstellen? – Unsere Vorstellung ist ein bisschen anders.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte, Frau Kollegin.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Vielen Dank. – Ich denke, angesichts der Auswertung durch mehrere Mitgliedstaaten, mehrere Institute und ein BfR, das ich an dieser Stelle als objektiv und unabhängig bezeichne, können ich und wir uns nicht für schlauer halten als alle Wissenschaftler, die sich damit beschäftigt haben. Ich finde es sehr wagemutig zu behaupten, wir hier seien schlauer als ein ganzes Heer hoch dotierter, sachlich und fachlich in der Materie steckender Wissenschaftler. Das ist der eine Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig darf ich wiederholen: Erstens. Wir werden, wie im Antrag der CSU, dem alle Fraktionen zugestimmt haben, gefordert, dem Landtag nach der Entscheidung einen verantwortungsvollen und sachlich richtigen Vorschlag unterbreiten. Das bedeutet nicht Anerkennung. Das bezeichnet schlicht und ergreifend, wie wir damit umgehen. Ich wiederhole: Verbot in privaten und kommunalen Anlagen und auf Spielplätzen und Verwendung nur noch mit Sachkundenachweis und mit Auflagen. Das habe ich jetzt so oft gesagt, dass man mittlerweile davon träumen kann, glaube ich.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Aber das Entscheidende ist doch die Giftigkeit!)

Zweitens. Die Entscheidung auf EU-Ebene wurde mit intensiver Unterstützung aller Verbraucher- und Umweltminister in Deutschland und damit auch unserer Ministerin getroffen. Sie hat das nicht nur in Briefen getan, sondern sich auch aktiv eingebracht. Deswegen betone ich das Wort "mit". Wenn das vonseiten der EU unterstützt wird, ist das wunderbar; aber ich habe nie behauptet, dass die Ministerin das alleine tut.

Drittens, Transparenz und Leseraum. Soweit ich weiß, muss derjenige, der eine Studie in Auftrag gibt, darüber entscheiden, ob sie veröffentlicht wird oder nicht. Jetzt darf man sie im Leseraum einsehen. Ich finde, das ist ein erster guter Schritt. Ein Großteil der Studien ist anerkannt worden. Ich kann Ihnen nachher gerne den Link geben, den ich dazu habe. Aus meiner Sicht ist das Machbare getan. Ich habe in meiner Rede dargestellt, dass wir diesen Stoff dennoch bewusst begleiten und untersuchen. Das

wiederhole ich jetzt nicht. Das lesen Sie bitte nach. – So, jetzt kommt noch der Herr von Brunn, schätze ich.

Präsidentin Barbara Stamm: Der Herr von Brunn, jawohl.

Florian von Brunn (SPD): Werte Frau Kollegin Schorer-Dremel, Sie sagen, wir müssen erstmal in aller Ruhe abwarten, was bei den wissenschaftlichen Untersuchungen, bei den Abstimmungen zwischen verschiedenen Institutionen, herauskommt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich anmerken, dass es hier eine klare Haltung der Internationalen Krebsagentur gibt, also einer Unterorganisation der WHO. Dieser WHO legen wir weltweit die Bekämpfung menschheitsgefährdender Seuchen in die Hand. Da haben wir als Politiker wohl ein großes Zutrauen zur WHO. Das kann man nicht einfach beiseiteschieben. Sie wollen diese wissenschaftlichen Ergebnisse ernst nehmen, sagen aber auf der einen Seite, wir dürfen nicht zu schnell reagieren, wir dürfen es nicht schnell verbieten, wir dürfen hier keine Panikmache betreiben. Auf der anderen Seite sagen Sie, Sie wollen Glyphosat im kommunalen und im privaten Bereich verbieten. Können Sie uns erklären, warum Sie es im kommunalen und privaten Bereich verbieten wollen und was Sie unter Vorsorgeprinzip verstehen? – Vielleicht können wir uns darauf einigen, dass Pflanzenschutzmittel in Nahrungsmitteln, Wasser und Bier nichts zu suchen haben. Da kommt es darauf an, wie viele Proben man untersucht. Ich habe nachgefragt. In den letzten fünf Jahren sind am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit gerade vier Proben Bier untersucht worden. Da kann man die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, das in dieser Form zu machen.

Als Letztes würde ich gerne von Ihnen wissen: Welche Strategie haben die CSU-Fraktion und die Staatsregierung, um den Einsatz von Spritzmitteln in der Landwirtschaft, von denen wir wissen, dass sie für die Gesundheit von Menschen und für die Artenvielfalt nicht unbedingt förderlich sind, zu minimieren, und in welchem Zeitraum soll das passieren?

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Mit dem Abwarten habe ich die Entscheidung der EU gemeint, die am 18. und 19. Mai erfolgen wird. Das war alles in Bezug auf Abwarten.

Zum Zweiten hat die WHO untersucht, und natürlich hat auch die WHO ein breites Spektrum. Ihre Unterorganisation, die IARC, hat in ihrer Untersuchung Glyphosat als kanzerogen der Kategorie 2A eingestuft. Sie waren letzte Woche nicht da, und darum wiederhole ich es: In Kategorie 2A stehen Matetee, rotes Fleisch, Schichtarbeit und Arbeit im Friseursalon.

(Zuruf von der SPD: Sie können doch nicht Glyphosat mit Fleisch vergleichen! Sie verstehen gar nichts!)

– Ganz entspannt!

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Halten Sie sich zurück! Unverschämtheit!)

Wir gehen ja sachlich und, denke ich, auch höflich miteinander um.

(Zuruf von der SPD: Aber wenn sie nichts versteht! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Schon wieder eine Beleidigung! – Weitere Zurufe)

– Erst hören, dann stören, sagt Herr Söder immer.

(Weitere Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat immer noch die Frau Kollegin.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wenn man diesen Punkt genauer betrachtet, sieht man, dass man diese Kategorie durchaus entspannt anschauen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Sie nehmen das Ganze nicht ernst!)

Zweitens. Bei der Untersuchung ist herausgekommen, dass diese Spritzmittel in der Landwirtschaft deutlich sachkundiger und vorausschauender angewendet werden als

im privaten und kommunalen Verbrauch. Das sagen auch Untersuchungen. Die Folge davon ist zum Beispiel, dass mittlerweile nur noch drei von den über 15 großen Baumarktketten, die wir in Deutschland haben, dieses Mittel normal verkaufen. Der Verbrauch reduziert sich also,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Warum? Weil es giftig ist!)

weil der sachgemäße Gebrauch bei den kommunalen und privaten Anbietern nach dem Motto "Viel hilft viel" einfach nicht richtig war.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nein, weil es giftig ist!)

Glyphosat im Bier wurde untersucht; das ist vollkommen richtig. Der Einsatz von Glyphosat bei Braugerste ist bei uns verboten. Das heißt, wenn man hier in Bayern lokales Bier trinkt – ich kann Ihnen gern Gutmann oder Hofmühl aus meinem Stimmkreis anbieten –, findet sich darin kein Glyphosat.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Schleichwerbung!)

– Akzeptiert.

(Florian von Brunn (SPD): Sie nehmen das nicht ernst! – Weitere Zurufe)

– Ich glaube, Sie nehmen mich nicht ernst.

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt!)

Sie versuchen, statt Sachlichkeit Panik zu verbreiten und Leute zu disqualifizieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Diese Schönfärberei!)

Ich kann nur wiederholen: Die SPD auf Bundesebene hat eine ganz andere Meinung als Sie.

(Florian von Brunn (SPD): Da sind Sie schlecht informiert, Frau Kollegin!)

Vielleicht sollten Sie sich einmal mit Ihrer Umweltministerin austauschen, die übrigens dem Ganzen zustimmt.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Sehr gut! Bravo! – Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Kraus für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Schnell ein Gedanke zu meiner Vorrednerin, Frau Schorer-Dremel. Sie haben gesagt: "meine Bauern".

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja, genau!)

Die Formulierung "meine Bauern" hört sich für mich ein bisschen nach Mittelalter an,

(Zurufe von der CSU: Oh!)

nach Leibeigenschaft und Sklaverei. Vielleicht ist die CSU der Meinung, dass sie die Bauern besitzt. Ich kenne viele Bauern. Die Wortwahl "meine Bauern" ist demnach ein bisschen übertrieben. – Kommen wir zurück zum Thema, und dazu ist mir etwas eingefallen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sisyphos war ein griechischer König und hat circa 1400 vor Christus gelebt. Dieser kleine Grieche hat die Götter ein bisschen geärgert. Der erste Dringlichkeitsantrag, von dem wir heute sprechen ist ein Antrag der GRÜNEN, und deswegen würde ich sagen: Sisyphos ist ein GRÜNER, und die Abgeordneten der CSU auf der rechten Seite sind die Götter.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Nein, nein! Ein falsches Bild!)

Sisyphos hat die Götter nur vorübergehend geärgert und war, wie man liest, kurzfristig erfolgreich. Aber die Götter waren sehr nachtragend, und Gott Hermes hat den Sisy-

phos in die Unterwelt verdammt. Dort wälzt er einen Steinbrocken den Berg hinauf, und kurz bevor er oben ist, rollt der Stein wieder herunter.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Zum Thema bitte!)

– Wir sind beim Thema, nämlich bei der Aufgabe des Sisyphos. Ich brauche nur die Historie anzuschauen: Glyphosat war hier herinnen am 8. Juli 2015, am 2. Dezember 2015 und am 12. April – vor einer Woche – Thema.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Schon nach einer Woche haben wir das gleiche Thema wieder, und deswegen ist der Vergleich mit Sisyphos aus meiner Sicht mehr als zutreffend.

Kommen wir zu den Anträgen. Die GRÜNEN sind gegen eine Verlängerung der Zulassung. Das ist fachlich nicht unsere Meinung; ich brauche die ganzen Argumente nicht zu wiederholen. Aber der dritte Spiegelstrich ihres Dringlichkeitsantrags ist durchaus interessant. Danach sollen wir – der Antragsteller hat es erwähnt – Zugang zu allen Daten und Studien bekommen. Damit können wir durchaus leben. Wir unterstützen das sogar.

Im SPD-Dringlichkeitsantrag geht es um ein geplantes Verbot im öffentlichen und privaten Bereich. Das ist unsere Linie, da sind wir beieinander. Die FREIEN WÄHLER haben auch noch das Verbot der Anwendung zur Sikkation, also Ernteerleichterung, gefordert.

(Florian von Brunn (SPD): Wir auch!)

– Die SPD auch. Deshalb stimmen wir da überein. Sehr interessant in dem Antrag ist aber die Überlegung einer Informationskampagne zur glyphosatfreien Landbewirtschaftung. Fachlich würde ich den Begriff "glyphosatfrei" in "glyphosatarm" umwandeln. Das heißt, dass man Glyphosat nur noch da einsetzt, wo es unbedingt notwen-

dig und nach guter fachlicher Praxis absolut nicht schädlich ist. Darin, dass das bei ordnungsgemäßer Anwendung durchaus sinnvoll ist, sind wir uns einig.

Wir reden immer nur über den Wirkstoff Glyphosat. Der Wirkstoff selber steht vor einer Zulassung. Glyphosat ist aber meistens in Verbindung mit gefährlichen Beistoffen richtig gefährlich. Da sind wir zum Beispiel beim Tallowamin. Netzmittel mit Glyphosat in Verbindung mit diesem Beistoff sind in Deutschland meines Wissens sowieso schon verboten. Da sind wir eigentlich auf dem richtigen Weg.

Zu unseren Voten. Wir diskutieren dieses Thema in der Fraktion sehr lebhaft. Ich schlage meiner Fraktion vor, dass wir uns bei dem Antrag der GRÜNEN enthalten. Wie gesagt: Ein Spiegelstrich ist super, und ein Spiegelstrich ist nicht so gut. Dem SPD-Antrag stimmen wir zu – das haben wir gerade gehört –, weil wir da wirklich übereinstimmen.

Übrigens darf ich die GRÜNEN daran erinnern, wie die Barbara Lochbihler in Brüssel abgestimmt hat: Sie hat sich am 13. April enthalten.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Martin Häusling von den GRÜNEN, EFA-Sprecher im Europäischen Parlament, sieht bei den Themen, die wir angesprochen haben – Verbot privater Anwendung, Verbot der Anwendung vor der Ernte und zur Sikkation – einen wichtigen Erfolg. Da muss ich fragen: Warum müssen die GRÜNEN im Bayerischen Landtag das Europaparlament und alle anderen wirklich überholen? – Das macht uns unwahrscheinlich viel Arbeit. Wir haben das Thema, wie gesagt, innerhalb kürzester Zeit zum vierten Mal im Plenum.

Ich bin gespannt, wie einige meiner Kollegen – "frei" ist bei uns FREIEN WÄHLERN Programm – abstimmen werden. Wir diskutieren das, und ich verstehe meine Kollegen. Ich schlage noch einmal vor: Enthaltung beim Antrag der GRÜNEN und Zustimmung beim SPD-Antrag, weil er in die richtige Richtung geht. Ich hoffe auch, dass sich

die Bundes- und die Europaabgeordneten der CSU schön langsam einmal ernsthafte Gedanken machen und in Berlin und in Brüssel so abstimmen, wie sie es in Bayern bei Versammlungen gern erzählen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Frau Kollegin Sengl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch ums Wort gebeten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin entsetzt, was für eine eingeschlafene Diskussion wir angesichts des wichtigen Themas hier führen. Es ist eigentlich unglaublich. Glyphosat ist ein Gift. Wir sprechen hier über ein ganz starkes Gift, das dringend verboten gehört.

(Erregte Zurufe von der CSU – Zuruf von der CSU: ….Kindergarten!)

– Im Kindergarten und auf öffentlichen Plätzen darf man es nicht verwenden. Da ist es Gift. Aber auf dem Acker ist es plötzlich kein Gift. Da frage ich euch jetzt einmal: Wer isst denn die Sachen, die am Acker angepflanzt werden? Das sind Lebensmittel. Wer isst diese Lebensmittel? – Die essen unsere Kinder, und sie sind mit Glyphosat belastet. Wir haben hier einen dramatischen Artenschwund, aber Sie machen sich einen gemütlichen Nachmittag und sagen: Ist ja wurst, wie wir abstimmen.

(Zuruf von der CSU: Unverschämtheit! – Weitere erregte Zurufe von der CSU – Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Schreien Sie doch nicht so!)

Wir sind alle in einem Alter, in dem es uns vielleicht schon wurst sein kann.

(Allgemeine erregte Zurufe – Josef Zellmeier (CSU): Billige Propaganda ist das!)

Aber unseren Kindern kann es nicht egal sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Billige Propaganda ist das! Billige Propaganda! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ihr habt auch ein paar junge Abgeordnete. Die könnten sich vielleicht zu dem Thema äußern.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, jetzt bin ich erst einmal dran, bitte.

Gisela Sengl (GRÜNE): Und dann – –

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, ich bin jetzt erst einmal dran. – Ich bitte, die Debatte weiterhin mit Ernst zu führen, wie sie begonnen wurde und bisher stattgefunden hat.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD): Hat sie auch getan!)

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich glaube, Ernst ist da wirklich geboten. Man kann es natürlich auch so machen. Es ist ein sehr, sehr ernstes Thema. Ich mache den Versuch, das Plenum ein bisschen aufzuwecken

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

und auch die Ernsthaftigkeit dieses Themas klarzumachen.

Noch etwas zur Panikmache:

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Schon kapiert! Wir haben es gehört!)

Nur die Panikmache hat euch überhaupt bewogen, euch mit dem Thema zu befassen. Wenn die CSU weiterhin Handlanger der Pharmaindustrie bleibt, dann gute Nacht! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat noch Redezeit. Bitte, Frau Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte um Ruhe, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Ich bin Ihnen noch eine Erklärung schuldig. Der Kollege Kraus hat vorhin gesagt, dass sich die GRÜNEN im Europaparlament enthalten haben. Das ist richtig. Das war bei der Schlussabstimmung. Wir haben natürlich alle Anträge abgelehnt, in denen es um die Verlängerung der Genehmigung gegangen ist. Unser Antrag, das Verbot durchzusetzen, hat keine Mehrheit gefunden. Dann hat unsere Fraktion, wie Frau Schorer-Dremel gesagt hat, all diese Einschränkungen durchgebracht, sei es Sikkation, seien es private Flächen, seien es öffentliche Flächen. Das waren sehr knappe Abstimmungen, teilweise nur mit ein paar Stimmen Unterschied. Um das nicht zu gefährden, um nicht am Schluss die ganze Abstimmung zu kippen, haben sich die GRÜNEN im Europaparlament bei der Schlussabstimmung enthalten. Das ist der Grund: Man wollte diese wenigen Verbesserungen, die man hier erreichen konnte, nicht gefährden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für ihren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11038 "Glyphosat – Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit" namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte die Urnen bereitzustellen. – Danke schön. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten. Bitte geben Sie Ihre Stimmkarten ab.

(Namentliche Abstimmung von 16.53 bis 16.58 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird wie immer später bekannt gegeben. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Abstimmung fortfahren kann.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/11077 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/11041 sowie 17/11043 bis 17/11045 und 17/11078 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit sind wir am Ende der Beratung der Dringlichkeitsanträge für die heutige Plenarsitzung.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Felbinger und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Verlässlichkeit in der Bildungspolitik: Neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/18 umsetzen", Drucksache 17/11037 haben mit Ja 15 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 83, Stimmenthaltungen 51. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "G9 jetzt!", Drucksache 17/11040 haben mit Ja 35 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 100, Stimmenthaltungen 14. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Steinberger und anderer und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Glyphosat – Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit" auf Drucksache 17/11038 bekannt: Mit Ja haben 19, mit Nein 80 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 48 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.04.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Glyphosat - Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit (Drucksache 17/11038)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst		X	
Aures Inge			X
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			X
Blume Markus			
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian			X
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			X
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			X
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			X
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			X
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			X
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			X
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert			X
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			X
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			X
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten			
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. **Wengert** Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	19	80	48